

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Telefon: Dönhoff 282-293  
Tel.-Wochens: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Sonnabend

21. Juni 1924

Beilage und Einzelgenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Telefon: Dönhoff 2806-2807

## Erklärungen Breitscheids in Paris.

### Für Ruhrräumung und Amnestie.

Paris, 21. Juni. (Eca.) „Deux“ veröffentlicht ein Interview mit Breitscheid, der bekanntlich dieser Tage eine lange Unterhaltung mit Herriot hatte. Er erklärt, er kenne Herriot seit zwei Jahren und habe ihn in Berlin gelegentlich seiner Reise nach Rußland gesehen. Seine jetzige Zusammenkunft mit ihm habe rein persönlichen Charakter. „Ich habe keinerlei offizielle oder offizielle Mission“, erklärte Breitscheid, „ich habe lediglich gewünscht, die Befanntheit zu erneuern“. Breitscheid erklärt, er sei davon überzeugt, daß

Herriot den besten Willen

habe und alles tun wolle, was in seiner Macht stehe, um den Frieden in Europa wiederherzustellen und eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen; er hoffe, daß Herriot stark genug sei, um diesen seinen Willen seiner Partei und seiner Regierung aufzuzwingen.

Auf die Frage, ob er eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland auf der Grundlage des Dawes-Berichts für möglich halte, antwortete Breitscheid: Ja, ich glaube, daß diese Einigung möglich ist. Deutschland hat den Dawes-Bericht durch Abstimmung des Reichstages vor einigen Tagen angenommen und die deutsche Regierung bereitet augenblicklich die Befehle zur Ausführung des Berichtes vor. Die anderen Regierungen haben den Sachverständigenbericht angenommen oder werden ihn noch annehmen. Wir haben also eine Grundlage für die Pazifizierung Europas. In dessen Folge ist in der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten einen Satz, der mir gefährlich erscheint, nämlich den über die Räumung des Ruhrgebietes.

Man wird in Deutschland den Sinn dieses Satzes nicht verstehen. Nach meiner Meinung werden alle Bürgschaften und Pfänder durch den Bericht der Sachverständigen gegeben, und wenn man noch andere wünscht, so würde das unannehmlich zu neuen Schwierigkeiten und Instimmigkeiten führen. Deutschland würde sagen: Man schlägt uns den Sachverständigenbericht vor, wir nehmen ihn an. Was will man noch mehr? Außerdem dürfen wir nicht vergessen, daß der Sachverständigenbericht nicht die Grundlage einer Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland darstellt, sondern die Grundlage der Ausöhnung von Europa. Hat Frankreich in diesem Falle das Recht zu sagen, wir wünschen andere Pfänder?

Auf eine Frage des Mitarbeiters des „Deux“ über die Militär-Kontroll-Revision sagt Breitscheid: Soll dies eine letzte Kontrolle sein? Die alliierten Regierungen haben das formale Recht, die deutschen Rüstungen zu kontrollieren, aber man darf nicht vergessen, daß diese Kontrolle durch die alliierten Offiziere die öffentliche Meinung in Deutschland verletzt, die bereits durch alle verüblichen Folgen des Krieges und durch die Ruhrbesetzung aufs höchste gereizt ist. Ist außerdem die Kontrolle

wirksam? Wenn in Deutschland Rüstungen betrieben werden, die durch den Versailler Vertrag nicht gestattet sind, so können, wie wir glauben, diese Rüstungen niemals genügen, um einen Krieg gegen Frankreich zu unternehmen. Sie sind

lediglich eine Gefahr für die deutschen Republikaner

und für die revolutionären Arbeiter. Es ist die Aufgabe der sozialistischen deutschen Arbeiter, diese heimlichen Rüstungen zu verhindern.

Außerdem hätte man früher schon einmal der deutschen Regierung offiziell versichert, es sei dies jetzt eine „letzte“ Kontrollmaßnahme, und man ist mit Recht erstaunt darüber, daß man nochmals kontrollieren will. Soll denn die Sache überhaupt nicht aufgehört? Aber gleichwohl, die deutsche Regierung hat noch keine Entscheidung über die Rolle der Militärkontrollen getroffen. Ich bin aber überzeugt davon, daß sie alles tun wird, um zu verhindern, daß die Frage der Kontrolle die Möglichkeiten einer Einigung, wie sie im Sachverständigenbericht gegeben ist, behindert.

Zur Sicherheitsfrage äußert Breitscheid: Ich glaube, daß

die beste Sicherheit für Frankreich in einer Politik der Verständigung zwischen beiden Ländern liegt. Wenn das deutsche Volk die Überzeugung hätte, daß Frankreich es nicht am Leben hindern will und keine Annexionspolitik betreibt, so würde es mehr und mehr dem Nationalismus und der Revanchepolitik entgegengetreten.

Auf die Einwendungen, daß die jugendliche Jugend von derartigen Ideen durchsetzt sei, sagte Breitscheid: Ja, aber dieser Nationalismus hat sentimentalischen Charakter. Er ist romantisch, und das verführt die Jugend. Wir Sozialisten treten ihm in Deutschland mit aller Macht entgegen. Sie können uns dabei helfen. Aber diese Vergiftung der öffentlichen Meinung erstreckt sich nicht auf das ganze deutsche Volk. Die Entscheidung über die Amnestie für die Befangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen hat bereits eine erfreuliche Entspannung herbeigeführt. Die französische Regierung muß in ihrer Begnadigungsmaßnahme großzügig sein. Die öffentliche Meinung in Deutschland erwartet, daß alle diejenigen befreit werden, die verurteilt oder ausgewiesen sind für Handlungen, an denen sie sich als deutsche Untertanen und als Patrioten verpflichtet glauben. Es ist eine rein psychologische Frage. Die öffentliche Meinung in Frankreich müsse dies doch verstehen. „Wer wollen versuchen, uns einander zu nähern, wir wollen versuchen, uns miteinander auszuöhnen.“

### Weitere Besprechungen Breitscheids.

Paris, 21. Juni. (Eca.) Dr. Breitscheid setzte noch einige Tage seine privaten Besprechungen über die politische Lage mit führenden französischen Politikern fort. Er hatte gestern eine Aussprache mit dem Kammerpräsidenten Painlevé und will u. a. in den nächsten Tagen noch mit Briand und Loucheur zusammentreffen.

## Herriot - Macdonald.

### Einstweilen nur privater Meinungsäustausch.

London, 20. Juni. (WTB.) Reuter erfährt, daß über das Verhandeln eines genau ausgearbeiteten Planes für die Besprechungen zwischen Herriot und Macdonald in Chequers nichts bekannt ist. Es verlautet, es sei das Hauptziel, die Meinungen zu klären, wie der Sachverständigenbericht zur Reparationsfrage möglichst schnell in Wirksamkeit gesetzt werden könnte. Diese Besprechungen werden noch als privat und formlos bezeichnet, doch könnte es möglich sein, daß bei Schluß der Zusammenkunft von Chequers eine amtliche Mitteilung ausgegeben wird, aber auch dies ist noch ungewiß. Es scheint also ziemlich klar zu sein, daß in dieser Angelegenheit noch nichts veröffentlicht werden kann.

### Sochs fährt nach Berlin.

Wie Eca erfährt, wird der deutsche Botschafter in Paris Herr von Soch sich voraussichtlich nach Berlin begeben und dabei den maßgebenden amtlichen Stellen über die Lage, wie sie nach den französischen Neuwahlen sich gestaltet hat, Bericht erstatten.

### Sturm in Elsaß-Lothringen.

Die reaktionäre Presse in Elsaß-Lothringen läßt Sturm gegen die Ankündigung Herriots, daß er die Befehle Elsaß-Lothringens der des übrigen Frankreich anpassen will. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Aufhebung der Sonderstellung der Kirche und religiösen Schulen. Es ist infolgedessen die paradoxale Lage entstanden, daß es die Elemente des Nationalen Blocks im Elsaß sind, die sich aus konfessionellen Gründen gegen die Franzifizierung der Provinz sträuben, obwohl gerade sie es sind, die am schärfsten gegen Deutschland behen und am lautesten ihre urfranzösische Gefinnung beteuern! Und die Pariser Nationalistenpresse, voran das „Echo de Paris“ macht sich dabei zu ihrem Sprachrohr.

Die Pariser Linkspresse hingegen, wie die Eca aus Paris meldet, verteidigt den Standpunkt der Regierung. Insbesondere tritt im „Quotidien“ der sozialistische Abgeordnete von Straßburg, George Weill, dessen Ausführungen bereits in der Kammer zu Zwischenfällen geführt haben, für die Aufhebung des „Ausnahmestandes“ längeren Artikel die Auffassung der Regierung wegen der Reichsregierung in Elsaß-Lothringen ein. Auch das „Deux“ verteidigt in einem Gebung. Sowohl im „Quotidien“ wie auch im „Deux“ wird an Hand der Wahlergebnisse nachgewiesen, daß bei den letzten Wahlen keine absolute Mehrheit für die Auffassung des Bloc National vorhanden gewesen sei.

## Die Arbeitskonferenz für den Achtstundentag

Genf, 20. Juni. (WTB.) Die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz, die ursprünglich auf heute angesetzt war, wurde auf Montag verschoben. In dieser Sitzung

wird der französische Arbeitsminister Godard das Wort ergreifen und die Arbeitergruppe der Konferenz eine Entschlieung über den Achtstundentag einbringen, über die sie sich nach längerer Beratung heute geeinigt hat. Die Resolution wird die Wahrung des Achtstundentages fordern, der in allen Ländern bedroht sei, wenn er in einem Lande aufgegeben werde, und die mit der Reparationsfrage betrauten Faktoren auf diese Gefahr aufmerksam machen.

### Die Arbeit der Spezialausschüsse.

Genf, 20. Juni. (WTB.) Die sechs Ausschüsse der Internationalen Arbeitskonferenz haben seit gestern ihre einzelnen Arbeitgebiete in Angriff genommen. Der Ausschuss für die Wochenruhe in Glashütten mit Wannenbeschoß, daß keine Vorschläge der Konferenz in Form eines Abkommensentwurfs zu gehen sollen. Im Ausschuss über die Nachtarbeit in Bäckereibetrieben zeigen sich besonders scharfe Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Arbeitgeber bestreiten, daß für die Arbeit der Meister und Befizer die Arbeitsbedingungen des Vertrags zuständig seien, eine Auffassung, die sich auch bei der Behandlung der Glashüttenfrage äußerte. Im Ausschuss über die Arbeitslosenfrage steht ein Entschlieungsantrag des Schweizerischen Arbeitnehmervertreters Schürch über die Zusammenhänge zwischen den Schwankungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Stabilisierung des Handels und dem Niveau der Lebenshaltung zur Behandlung. Der Ausschuss für die Verwendung der Freizeit der Arbeiter berät über Maßnahmen zur Verhinderung bezahlter Mehrarbeit in den Freistunden. Die Vorschläge dieses Ausschusses sollen in Form einer Empfehlung vor die Konferenz gelangen, dagegen will der Ausschuss für die Gleichstellung der in- und ausländischen Arbeiter bei Arbeitsunfällen keine Anträge als Abkommensentwurf vor die Versammlung bringen.

## Die Treibereien gegen Scheidemann.

### Eine sozialdemokratische Protestversammlung.

Cassel, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Cassel nahm gestern zu den reaktionären Treibereien gegen den Oberbürgermeister Stellung und beschloß einstimmig folgende Erklärung für Philipp Scheidemann:

„Die öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die in der Casseler Stadthalle am 20. Juni tagte, spricht dem Oberbürgermeister Philipp Scheidemann ihr volles Vertrauen aus. Sie verurteilt aufs schärfste die reaktionären Treibereien, deren Gegenstand der Oberbürgermeister als republikanischer Führer ist. Sie bittet den Oberbürgermeister, unbeirrt durch die Machenschaften der Steuer, Kreis und Konferten die Leitung der Stadtverwaltung weiter zu führen, im Interesse der Stadt und der gesamten werktätigen Bevölkerung.“

## Bekämpfung der Krise.

### Umstellung auf billige Produktion.

Immer stärker verdichten sich die Anzeichen eines Rückganges der industriellen und gewerblichen Konjunktur. An der Börse wurde er zuerst erkennbar. Hier brach das in der Inflation durch die Flucht in die Sachwerte künstlich hochgehaltene Gebäude der Aktienkurse bald nach der Stabilisierung zusammen. Die Rentenmarkinflation verhinderte zunächst ein Uebergreifen der Börsenkrise auf die Produktion. Der gewaltige Kreditstrom, der der Wirtschaft zufließt, belebte die Warennachfrage, verließ ihr sogar einen gewissen spekulativen Charakter, verhinderte den Preisabbau und stützte auf diese Weise den Warenmarkt mit nicht wesentlich anderen Mitteln, als es die Papiermarkinflation getan hatte. Seit der Einschränkung der Kredite der Reichsbank, also etwa seit zwei Monaten, laßt diese künstlich geschaffene Konjunktur ab. Seit einigen Wochen verschärft sich der Druck auf dem Arbeitsmarkt, die Zahl der Erwerbslosen nimmt zu, noch mehr die Kurzarbeit. Die Erwerbslosenstatistiken selbst geben über die Bewegung kein klares Bild; werden doch viele Arbeiter beschäftigungslos, ohne überhaupt in den Genuß der öffentlichen Unterstützung zu gelangen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Geldkrise bereits auf die Produktion übergegriffen hat und daß die Entwicklung sich mit jedem Tag zu verschärfen droht.

Für die vielen Tausend Arbeiterfamilien, bei denen jetzt wieder Elend und Not ihren Einzug halten, ist die Erklärung dieser Krise ein geringer Trost. Was nützt ihnen die Hoffnung, daß vielleicht nach Monaten wachsender Beschäftigungslosigkeit und wachsender Vereidung der Abstieg der Wirtschaftskurve wieder von einer Belebung abgelöst wird, die sich jetzt, nach der Stabilisierung der Mark, auf besserer, gesünderer Grundlage einstellen wird und damit die Vorbereidung für dauerndere, geregeltere Beschäftigung bringt? Die breiten Massen leiden noch immer unter den Folgewirkungen der Inflation, in der sie um den größten Teil ihres Arbeitsertrags betrogen wurden, um dann schließlich, als die Geldwertung auf ihrem Höhepunkt angelangt war, der damals einsehenden Arbeitskrise preisgegeben zu sein. Die Unternehmer erwarben sich damals, im Herbst vorigen Jahres, das Ruhmesblatt, die allgemeine Not der Arbeiterschaft und den scharfen außenpolitischen Druck zu einem unerhörten rücksichtslosen Streich gegen alle sozialen Forderungen der Arbeiterschaft auszunutzen. Es scheint, daß man jetzt nicht anders vorgehen wird. Dafür sprechen nicht nur die Bestrebungen gewisser Unternehmerkreise zur Niedrighaltung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit, auch die ganze wirtschaftliche Einstellung des Unternehmertums zur Krise deutet darauf hin. Von dem so notwendigen Abbau der Rohstoffpreise ist nichts zu merken. Statt dessen arbeiten die Rohstoffindustrien bereits auf Betriebseinschränkungen und Stilllegungen hin, ohne daß auch nur ein dieser Werke infolge tatsächlicher Zahlungsunfähigkeit unter Geschäftsaufsicht gegangen oder zur Liquidation gezwungen gewesen wäre. Und das ist um so erstaunlicher, als man weiß, daß die technischen Produktionsvorrichtungen und damit die Herstellungskosten der einzelnen Betriebe ganz außerordentlich verschieden sind. Zur selben Zeit, wo der Stahlbund als Spitzenorganisation der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erklärt, nur noch mit einer künstlichen Einschränkung des Warenangebotes, also mit Produktionsbeschränkungen, die Preise in das richtige Verhältnis zu den Produktionskosten bringen zu können, verkennt das bestorganisierte Eisenwerk Deutschlands, die Ilseeder Hütte, ihren Aktionären 60 Prozent ihres Stammkapitals in Gold durch Aufwertung ihrer Aktien! Allerdings hat dieses Unternehmen nicht die uninnige Expansionspolitik getrieben, die die Trustmagagnaten des Westens in der Inflation auszeichnete. Schroffer aber kann der Widerspruch in der Produktionsweise der verschiedenen Werke nicht zutage treten. Zugabe ist, daß insbesondere die Schwerindustrie im belebten Gebiet durch die Inzumschlägen besonderen Schwierigkeiten ausgeht ist. Eine derartig gewaltige Spanne zwischen Gewinnen eines gut organisierten Werkes jedoch und den angeblichen Herstellungskosten der kartellierten Eisenindustrie ist durch die Ricumverträge jedenfalls nicht zu erklären.

Eine Senkung der Rohstoffpreise aber ist geradezu Vorbedingung für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen verarbeitenden Industrie am Weltmarkt und für die Wiederherstellung der Kaufkraftfähigkeit des inländischen Marktes. Sie läßt sich auch nicht durch irgendwelche Lohnkürzungen und andere Allerseitige Reize weit machen. Mit der Uebersteigerung der Rohstoffpreise sind nicht nur die in den Rohstoffindustrien beschäftigten Arbeiter bedroht, auch die Arbeitnehmer der verarbeitenden Industrie werden beschäftigungslos, wenn diese die hohen Kohlen- und Eisenpreise nicht mehr ausbringen kann, ohne die Preise für Fertigfabrikate über die durch die Kaufkraftfähigkeit des Marktes gesteckten Grenzen zu erhöhen. Anstatt sich nun mit aller Kraft auf die notwendige Preislenkung in der Rohstoffindustrie einzustellen, will man die Preise mit Hilfe von Stilllegungen künstlich hochhalten. Das ist das kapitalistische Mittel der Krisenbekämpfung.

Die gegenwärtige Krise ist auch ihrer ganzen Art nach bedingt durch die kapitalistische Wirtschaftsführung. Nach der Inflation trat das recht deutlich in Erscheinung. Der Produktionsapparat war übersättigt mit Produktionsmitteln, die nicht wirtschaftlich genug arbeiteten, um den an

lich dringenden Bedarf bei der erschöpften Kaufkraft der breiten Massen decken zu können. Sogar in Zeiten lebhafter Geschäftstätigkeit arbeitet z. B. die Textilindustrie nur mit 60 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit; nicht höher ist der Leistungsgrad in der Niederläufigen Braunkohlenindustrie, wo durch die herrschenden Syndikatsbestimmungen die billiger arbeitenden, gut organisierten Werke sogar außerstande sind, ihre volle Produktionskraft auszunutzen, weil sich in den veringerten Absatz die ganze Industrie teilen will. Die Textilindustrie ist zurzeit sogar nur mit 30 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit im Betrieb. Und so läßt sich das Bild beliebig erweitern. Um unwirtschaftliche Betriebe am Leben zu erhalten, überspannen die Syndikate und Kartelle die Preise. Eine wirklich billige Produktion, die auch bei der geschwächten Kaufkraft der breiten Massen auf einen gewissen Absatz im Inland rechnen kann, bestimmt durch den deutschen Export wesentlich steigern und den Einfuhrbedarf wesentlich einschränken könnte, ist bei dieser Wirtschaftsverfassung unmöglich. Nicht wenig wird auch die Kreditnot, unter der selbst viele leistungsfähige Firmen leiden, dadurch verschärft, daß man schwache Unternehmungen auf diese Weise künstlich am Leben erhält und so Arbeitskraft und Material in überverteilter Produktion vergeudet, anstatt beide an solchen Punkten einzusetzen, wo intensivste Arbeit möglich ist.

Daß eine derartige Umorganisation der Produktion notwendig ist, liegt auf der Hand. Diese Notwendigkeit ist schon seit langem erkannt worden. Das Privatkapital aber hat sich dagegen gewehrt. Es hat alle Bemühungen der Sozialdemokratie, die Inflation rechtzeitig abzustoßen oder mindestens die Wirkungen des Marksturzes auf die Wirtschaft abzuwachen, mit größter Entschiedenheit bekämpft. Es hat so die gegenwärtige Desorganisation der Produktion, die begünstigt wurde durch die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt infolge der Valutablockade und durch die als Bräme für risikolose Spekulation in Sachwerten wirkenden Papiermarktkredite der Reichsbank gefördert oder zum mindesten gern geduldet. Um so verheerender muß jetzt in ihren Wirkungen die Reinigungsphase sein. Schon geht die Zahl der Arbeitskräfte, die in völlig unproduktiver Weise von Banken und Händlerfirmen angezogen und nach der Stabilisierung der Mark als überflüssig wieder auf die Straße gemorfen werden, in die Hunderttausende. Man begreift unter diesen Umständen das starke Interesse der verlogenen reaktionären Propaganda, die der Sozialdemokratie unterstellt, sie habe die Inflation gewollt, während einwandfrei feststeht, daß es unsere Genossen in Regierung und Parlament gewesen sind, die von Anfang an die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches auf den Kampf gegen die Inflation eingestellt haben. Aber diese Propaganda wird zerfallen an der harten Wucht der Tatsachen, die nun einmal nicht aus der Welt geschafft werden können und die einwandfrei dafür zeugen, wie sehr sich der Volk gegen jede Heranziehung zu Steuern gewehrt. Jede gemeinwirtschaftliche Bekämpfung der Inflation wird verhindert und damit die Krise herbeigeführt hat, die jetzt so schwer auf den breiten Massen lastet.

Um so mehr ist aber zu fordern, daß alle Mittel erschöpft werden, um die sozialen Auswirkungen der Krise zu mildern, ohne dabei das Ziel aus den Augen zu verlieren, daß die Umstellung auf billige Produktion für die deutsche Volkswirtschaft unabwendbare Notwendigkeit ist. Hierzu gehört insbesondere eine fruchtgemäße Anwendung der Stilllegungsverordnung, eine Begünstigung der rationell arbeitenden Betriebe durch öffentliche Auftragserteilung, die Bereitstellung von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung des Bauarbeiters mit gemeinwirtschaftlichen Geldmitteln. Die stärkste Bekämpfung der Krise aber wird erreicht werden durch die Zuleitung ausreichender Kredite an solche Unternehmungen, die ihre Produktionskraft durch die Inflation hindurch erhalten und gestärkt haben. Diese Mittel können — das ist auch die Auffassung der Reichsbank und zwar nicht nur ihres Präsidenten — nur vom Ausland herinkommen. Aus diesem Grunde ist das

stärkste Mittel zur Bekämpfung der Krise eine baldige und möglichst weitgehende Regelung der Reparationsfrage. Dafür ist die Annahme des Dawes-Gutachtens und eine vernünftige Außenpolitik Voraussetzung. Die Sozialdemokratie vertritt so im besten Sinne auch jetzt die Interessen der durch verfehlte kapitalistische Wirtschaftspolitik in ihrer Existenz bedrohten Werktätigen, wenn sie die Annahme dieses Gutachtens und seine beschleunigte Durchführung zum führenden Gedanken ihrer Außenpolitik macht.

### Die Zick-Zack-Linie.

#### Deutschnationaler und Sachverständigen-Gutachten.

Seitdem die Frage des Regierungseintritts der Deutschen nicht mehr hochaktuell ist, begeben sich die um Westarp zurück auf den Boden des bequemen Schlagwortes vom „zweiten Versailles“, der unbedingten Ablehnung der Sachverständigen-Gutachten. Auf dem Parteitag der Kreisgruppe Niederrhein in der Deutschnationalen Volkspartei hielt Graf Westarp eine längere Rede über die Politik, die die deutschnationalen Reichstagsfraktionen in der Frage der Regierungsabteilung und des Sachverständigen-Gutachtens bisher verfolgt hat. Dabei ging er auf die Frage „Industrie und Gutachten“ ein. Die „Deutsche Zeitung“ berichtet darüber:

„Bemerkenswert waren Ausführungen, die der Redner auf Antrag aus der Versammlung hin machte, ja auf die Frage, was der Parteivorstand getan habe, um auch weitere Kreise der Industrie für eine nationale Politik zu gewinnen, und wie er sich zu der „Deutschen Industriellen-Vereinigung“ stelle. Graf Westarp erklärte, daß die neue Vereinigung bisher nicht offiziell mit der Partei-Führung genommen habe, daß aber eine Verständigung über das tatsächliche Vorgehen nicht vonnöten sei, da ja die Industriellen-Vereinigung auch ohne die Linie der deutschnationalen Fraktionspolitik in der Frage des Gutachtens hätte.“

Die Linie der deutschnationalen Fraktionspolitik soll also identisch sein mit der Linie der „Industriellen-Vereinigung“. Nun kann man von einer Linie der deutschnationalen Fraktionspolitik schwer sprechen. Das ist ein mannigfaltig gebrochenes, gekrümmtes und gedrehtes Gebilde. Aber die Linie der „Industriellen-Vereinigung“ ist klar: bedingungslose Ablehnung der Gutachten, die ein zweites Versailles darstellen.

Diese Linie hat die deutschnationalen Fraktionen bisher nicht eingenommen. Die Industriellen — namentlich aus dem besetzten Gebiet — haben von ihr um des Lebensinteresses der Wirtschaft willen wiederholt die Durchführung der Gutachten gefordert. Herr Hoersch, der auch zur deutschnationalen Fraktion gehört, hat schleunige Arbeit gefordert und sich auf die Forderungen der Wirtschaft gestützt.

Die Erklärung Westarps soll demnach eine neue Drehung der deutschnationalen Fraktionspolitik anzeigen: die Wendung zur Intransigenz in der Frage der Gutachten. Ob Westarp, indem er sich unter die Führung der Sans und Genossen begibt, an die bevorstehende Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die Gutachten gedacht hat? Sind die „Industriellen-Vereinigung“ und die Hugenberg-Gruppe inzwischen eins geworden?

### Was will der „Stahlhelm“?

#### Ein wertvolles Eingeständnis.

Der „Stahlhelm“ ist angeblich eine unpolitische Zusammenfassung ehemaliger Frontsoldaten, die sich Körperpflege und die Pflege des vaterländischen Gedankens zum Ziel setzt. Wäre sie das, so ließe sich gegen die Vereinigung nichts einwenden. Aber wir haben bereits des öfteren darauf hinweisen können, daß der „Stahlhelm“ sich ganz andere Aufgaben gestellt hat als die im offiziellen Programm angegebenen. In diesem Zusammenhang mußte auch auf die Soldatenspielerlei des Stahlhelms aufmerksam gemacht werden, die — wie in Halle — wiederholt zu unliebsamen Weiterungen führte. Gerade diese Seite seiner Betätigung darf nicht aus dem Auge

verloren werden, da sie — z. B. in den Tagen vor dem Münchener Putsch — zu an PreSSIONEN grenzenden politischen Beeinflussungsversuchen geführt hat. Damals zog sich die Leitung des Stahlhelms, als die verschiedenen Versuche zwecks Errichtung der Diktatur mißglückt waren, auf den Standpunkt zurück, daß sie lediglich im Einverständnis mit jenen „nationalen“ Kreisen gehandelt habe, die ein Chaos in Deutschland vermeiden wollten, daß sie selbst aber keine politischen Ziele verfolgt habe. Für jeden, der Bescheid wußte, war es allerdings ein offenes Geheimnis, daß der Stahlhelm und seine Leitung unter dem Deckmantel der „nationalen“ Aufgaben ganz bestimmte politische Ziele auch weiter verfolgte. Der „Stahlhelm“ ist ein Kampfbund gegen die Republik, er ist das Sammelbecken jener, die die Wiedererrichtung der Monarchie betreiben.

Eine wichtige Bestätigung dieser Tatsache findet man in einem Werbeblatt der „Deutschen Zeitung“, in dem neben Hindenburg, Dinter, Schlange-Schöningen auch der Führer des Stahlhelms Oberstleutnant a. D. v. Düsterberg mit einem Beitrag vertreten ist. Sein kurzer Wahrspruch lautet:

„Unser heiligstes Ziel ist die Befreiung und Einigung aller Deutschen in einem mächtigen, auf völkischer und sozialer Grundlage errichteten Kaiserreich.“

Dieses Ziel kann niemals eine Partei, sondern der Zusammenfluß aller national und völkisch gesinnten Deutschen erreichen.

Die Worte sind absolut eindeutig. Indem Düsterberg als Führer des Stahlhelms unterzeichnet und von „unserem“ Ziel spricht, unterstreicht er noch einmal, daß er damit die Ziele des Stahlhelms wiedergibt. Die Sicherheitsorgane der Republik haben also allen Anlaß, dem Stahlhelm und seiner Leitung scharf auf die Finger zu legen. Außenpolitische Rücksichten, die nur zu oft an falscher Stelle vorgeschoben werden, bestehen beim „Stahlhelm“, der sich ausdrücklich auf verfassungswidrige innenpolitische Ziele festlegt, auf keinen Fall.

### Keine Militärwaffen für Verbände.

Nach der Meldung einer Lokal-Korr. hat das Reichswehrministerium jedes Verleihen von militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Dienstwaffen an Privatpersonen, Vereine, Bünde und dergleichen verboten. Da die Reichswehr kein Kostenlosgeschäft ist, spricht das Verbot nur Selbstverständliches aus.

### Kommunisten und Gemeindevertretung.

#### Konflikt in Halle.

Halle a. S., 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Eröffnungsversammlung der halleischen Stadtverordneten haben die Kommunisten nach bekanntem Muster eine Erklärung abgegeben, in der sie ausdrücklich hervorheben, daß sie sich an keine anderen Gesetze und Vorschriften gebunden erachten als an die ihrer Auftraggeber, die kommunistische Partei und die in ihr vereinigten Wähler sowie aller hinter ihr stehenden Arbeitermassen, daß sie ferner die Stadtverordnetenversammlung lediglich als Tribüne im Klassenkampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter betrachten und sie zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats benutzen würde.“

Die ferneren Sektionen verliefen tumultuös. In der gestrigen Sitzung forderte daher der deutschnationalen Stadtverordneter neuzugewählte die kommunistischen Stadtverordneten zum Widerruf dieser Erklärung auf, da andernfalls sie den Ausschluß von der ferneren Teilnahme an den Sitzungen bis zum erfolgten Widerruf zu gewärtigen hätten. Die namentliche Aufforderung zum Widerruf verlief ergebnislos. Der bekannte kommunistische Abgeordnete Kilia, der „willenshaftige Leiter“ der SPD, vermaßte sich nur die Ausrufung abzurufen: „Ihr könnt uns den Dreck runterrutschen, von oben nach unten und von unten nach oben!“ Infolgedessen wurde mangels Widerrufs jeder einzelne kommunistische Stadtverordnete ausgeschlossen und die Fraktion zum Verlassen des Sitzungssaales aufgefordert. Infolge des entstehenden Tumults wurde die Sitzung geschlossen.

## Die Danaidenarbeit der Frau.

Von Pola Landau.

Das Heim, dessen Türen vor der Frau weit aufsprangen und hinter denen eine neue Welt mit ihrem Wertgetriebe sie zu sich rief, umschließt sie von neuem mit seinen dichten Wänden. Zurückgeblieben wird sie durch die Röhre der Zeit auf den Platz, von dem sie im Mittelalter ausging, dem Ehrenrecht der Hauswirtin, der Schaffnerin und Schaffnerin in den Räumen, der erhabenen Haushälterin ihres Gatten. Und während sie entwöhnt der großen Dienste sich zu den schweren Berrichtungen niederblüht, erlag sie nicht nur meistens einem Verufe, der sie innerlich mehr erfüllte und ihrem Anliege ein festeres Profil gab, — sondern sie leistet vor allem eine Arbeit, die deshalb die undankbarste ist, weil sie auch heute noch nicht genügend in ihrem Kräfteaufwand und Werte geschätzt wird.

Wirklich, der Achtundzwanzig ist in diesem ursprünglichen Bereiche des Weibes nicht Wohltat geworden. Es gibt überhaupt keine Begrenzung ihrer Arbeitszeit wie in der Tätigkeit des Mannes, dem nach harter anhaltender Anstrengung doch die Ruhe völlig befreier Stunden gegönnt ist. Von früh bis abends ist die Frau im Hause in Bewegung, sie wird niemals vollkommen fertig, nie ist ihre Tätigkeit ganz vollendet, die zerstückelt und ununterbrochen durch kleine Pausen nicht an demselben Maße weitererschaffen kann. Diese Arbeit zerstreut sich durch alle Räume, läuft mit immer bewegten Füßen durch die Flure, von Küche zu Zimmer, Gänge, die ausgemessen ermüdender als Märche sind. Diese Arbeit hat überall Augen, streift an den Wänden hoch, kriecht auf den Boden entlang und führt den ununterbrochenen und täglich erneuten Kampf mit dem Staub, der so schwer auf den Dingen lastet. Ein Höfendienst, ein Sklavendienst der Dinge, ein ewiges Ringen mit der Materie, daß auch sie sich in Geist, den freundlichen Hauch des Heims verwandle.

Und es liegt etwas tragisch Unfruchtbares in dieser Arbeit, die mitten in voller Tätigkeit unaufhörlich zerstört wird. Frauen sind wie die Danaiden, die endlos und vergeblich die durchlöchernten Krüge füllen müssen, das Wasser des täglichen Segens anzufassen, das ihnen immer wieder entrinnt. Da mühen sie sich mit sorgenschweren Händen, und die Spuren ihrer Mühe werden sofort verwischt. Da wird der Glanz eines Mittagsfrühstücks in einer halben Stunde niedergewaschen, nachdem der ganze Vormittag zu seiner Herbeiführung verwandt wurde. Da zerfällt jeden Abend die harmonische Ordnung der Zimmer, jeder Morgen zeigt die Bewältigung von Räumen, die wieder mit Einn und sichtbarlicher Sauberkeit zu beleben sind. Das Werk der Frau hier — und wie anders das Werk des Mannes —, manchmal aus unendlich vielen kleinen Berrichtungen des Tages zusammengesetzt, bleibt nicht stehen wie ein Bau, sondern zerbröckelt unter ihren Fingern. Das vollendete Werk dankt dem Manne, undankbar blüht das Werk im Hause die Frau an. Und etwas Opfer-

volles, ja heroisches liegt in dieser Berrichtung, die wie die Mühe der Frauen namenlos und ohne Triumph der sichtbaren persönlichen Schöpfung wirken muß.

Und dennoch, würde diese Arbeit eingestellt, so entstände Lärmung und Verwirrung wie in einer verlassenem Fabrik. Ein totenähnlicher Zustand. Die Dinge des Heims, gepflegt und verzärtelt wie Kinder, ständen bedrückt und verwahrlost im Wege. Ummähtlich würden sie nicht mehr die heilsame ausströmende Kraft auf die Bewohner der Räume. Denn von umhegten Dingen geht mehr lebendige Hitze und Stärkung aus als wir ahnen. Gerade heute, wo die Welt eine reizende Wildnis geworden ist und das Leben jeden, der aus dem Hauser tritt, wie eine Beute verschlingt, tragen die Menschen den Gedanken an ihr Zuhause wie einen festen Kristall im Bild. Welcher Widerpruch! Das Heim, das im Aufbau seiner vielen winzigen Teile täglich zerbröckelt wie ein Ameisenbau, bleibt doch das einzige Feste und Standhafte im Tumult allen Wirkens. Das sind die geheimen Ausstrahlungen der Frau, die durch die Dinge als Mittler sich unendlich fern und weit verzweigen. Das ist ihre ätherische unsichtbare Wirkung, die noch im Gemüth auf den Gesichtern ihrer Lieben haftet. Und dies sei der Frau unserer Notjahre, die zurück verbannt ist aus Weite in Enge, von der Tribüne des freien Platzes in die Kleinarbeit des Hauses, helle Gewißheit, daß doch keiner ihrer Handgriffe umsonst geschieht. Und Dank ist es schließlich, wenn sie trotz aller Zerstörung ihrer Danaidenarbeit plötzlich über das fröhliche Weiß des Lichts das Glanzlicht eines Säheins auf den Gesichtern aufleuchten sieht, das Unzerstörbare von allem. Das sie geben kann: Seele.

### Abschied von der Staatsoper.

Es war ein schmerzlicher Abschied. Denn eine im Ganzen und den Teilen bessere, feuriger, musikalischere Aufführung des „Rigoletto“ als gestern unter Leiters Leitung wurde in Berlin seit dem Krieg nicht gehört. Man merkte endlich einmal, was italienisches Tempo, was Sicherungen sind, man fühlte es an den ersten Takten des Vorspiels, an den feinen Schattierungen in den Chören, man spürte es selbst in den Vokalitäten der Hestmärke, man erkannte, daß hier einer am Balk sah, der neben dem Fiskus und dem Handwerk auch das unerlernbare Stillgefühl mitbringt. Die Adasch-Schuppe ist endlich vergessen. Regitative, Begleitungen frei gesungener, frei verzierter Arie — wie sicher, wie vollendet war das alles! Auf der Bühne selber hat Herrth alles getan, um Stimmung in die Gruppen zu bringen. Das Düstere war in Licht, Ruff, vorhaltener Bewegung ebenso festgehalten wie das Weiche und Leichtfüßige. Das schillerndehafte Aufeinander-Schneben von Rigoletto und Sparafucile, das Juden von Gestalten im Gewitter des letzten Bildes, auch die Paune des Fanzibüdes waren richtig gefärbt. Man spürte überall die Hand und das wirksame Wort eines Regisseurs. Dirha u hatte neue Szenen gemalt, das erste Bild war mehr ausstellungsmäßig oder weihnachtlich, als von großem Geschmack, im

zweiten Schweben die Wendeln in der Luft und liechten ohne Plastik an den Wänden des märchenhaft-erwünschten Rigoletto-Domizils. Ganz prachtvoll gelungen sind die beiden letzten Szenen, denen man auch bildlich schon Schicksalsbedeutung anmerkte. All das aber wäre noch kein Fest gewesen ohne die Verdi-Sänger. Hedwig Dehler, jüngst eine reizende Martha, jetzt eine erlebnisstarke Gilda, die ihre berühmte Koloratur nicht nur als Arie, nicht nur italienisch und flüchtig, sondern mit weiblich gehobener Empfindung singt. Sie ist eine wirkliche Bereicherung des Berliner Staatsoper-Ensembles; man halte sie fest (ebenfalls die lebenswürdige, höchst charmante musikalisch sichere Spielactrice Koeitrik). Rigoletto ist Schlußaus. Es ist seine durchdachte, seine größte, seine künstlerisch ausblutete Rolle. Seine Tragik greift ans Herz, mit jeder Miene, jedem Ton der Demut und der Rache. Seine Stimme ist vor edelstem deutschem Timbre, aber die Weidenschaft des Leidenden und Rächenden ist von südländischer Art. Schlußaus ist Mittelpunkt des Spiels, Hauptziel großer Ovationen. Oder er wäre es allein, wenn Gigli nicht den Herzog lange. Dieser Meisterstück hat sich nun freigegeben, mit Stimme, Herz, Spiel. Ohne Hemmung, mit leichter, guter Richtung nach dem Effekt zu, aber immer unter dem Befehl einer glücklichen, eben, unerschütterlich schönen Tenorstimme, so singt dieser Künstler. Sein donna e mobile wird ein Kabinettstück, wie einst in Venedig zur Aufführung im Jahre 1851. Drei Mal verlaute ein herrlich begeistertes Publikum den Weltkrieger. Drei Mal schmeitert Gigli das hohe h heraus, drei Mal nuanciert er verschiedene Grundstimmungen. Lichtlein, Tascinität, Selbstparodie im tragischen Ernst. Ein Meisterstück des legeren Schöngangs, Carlos würdig. Und als ob man das Studium endgültig begraben wollte, übergibt man kleinere Partien erlangten Sängern; dem prachtvoll ausströmenden Bass Schors fällt der Graf von Montecore. Dem scharf raturierenden Schöngang Spacofucile, der im italienischen nicht ganz seinen Branzell die Vertüherin Maddalena zu.

Eine festliche, feierliche, festgesetzte Aufführung zum Abschied. Möge das ein guter Ausfall für den Winter werden!

Kurt Singer.

Ein Stierkampf in der ewigen Stadt. Rom, das bereits die Kämpfe der Gladiatoren mit wilden Tieren sah, wird jetzt zum erstenmal in seiner vieltausendjährigen Geschichte einen richtigen Stierkampf erleben. Bei früheren Stierkämpfen waren die Stiere nicht getötet worden. Bei dem neuesten Stierkampf aber werden 11 ausgewählte Krieger, die aus Madrid gekommen sind, dem Säwette des Toradors zum Opfer fallen. Sie werden in dunklen Käfigen gehalten, um ihre Wut zu steigern, bis sie in die Arena hineingelassen werden.

Wie man sieht, schreitet die Kultur in Mussolini-Italien rüstig vorwärts.

Kranke-Vorträge. Idealer. Täglich 5, 7 u. 9 Uhr: Der Berg des Schicksals. — Gipsel. Sonnt. Mitt. 8 Uhr, Mont. 8 Uhr: Von der Jagd zum Wagnern. — Dienst. 6 Uhr, Sonnt. 6, 7 Uhr: Das Verden des Menschen. — Sonnt. Dienst. Mitt. 6 Uhr, Mont. 6 Uhr, Sonnt. 8 Uhr: Mount Everest.

## Das Geständnis der Mörder.

Die Leiche Matteotti verbrannt.

Rom, 21. Juni. (WZB.) „Messaggero“ berichtet, daß Dumini, der Mörder Matteotti endlich ein volles Geständnis abgelegt habe. Er bezeichnet als Auftraggeber den früheren Presschef Rossi, den Herausgeber des „Corriere Italiano“ Filippelli, und den Finanzverwalter der Faschistenpartei, Marinelli. Als Täter kommen neben Dumini die vier anderen bekannten Individuen in Betracht. Matteotti wurde sofort, nachdem er ins Auto geworfen worden war, ermordet. Das Auto schickte alsdann seine Fahrt mit der Leiche bis zum Walde von Vinco fort, wo sie in dichtes Gestrüpp geworfen wurde. Die Mörder kehrten sodann, um sich ein Alibi zu schaffen, eilends im Auto nach Rom zurück, wo Dumini dem Filippelli Bericht über den Ausgang der Expedition erstattete. Filippelli hielt es jedoch nicht für klug, die Leiche ohne Walde liegen zu lassen und beauftragte den Redakteur des „Corriere Italiano“, Galassi, zusammen mit einem der Mörder, Volpi, in einem anderen Auto die Leiche wieder aus dem Gestrüpp herauszuholen und bei Seite zu schaffen. Diese beiden sollen alsdann den Leichnam verbrannt haben. Dumini soll zugegeben haben, daß er auch noch nach der Tat Beziehungen zu dem früheren Generalpolizeidirektor Debono unterhalten habe. Ebenso soll aus dem Geständnis eines anderen des Mordes Verdächtigen hervorgehen, daß Filippelli seinen falschen Auslandspass vom Generalpolizeidirektor Debono erhalten habe.

## Untersuchungsausschuß über Finzi.

Rom, 21. Juni. (WZB.) Der frühere Unterstaatssekretär Finzi hat den Kammerpräsidenten gebeten, einen Ausschuß einzusetzen, der sein privates und öffentliches Leben in den letzten Jahren zum Gegenstand einer Untersuchung machen soll. „Giornale d'Italia“ glaubt, daß der Kammerpräsident eine Kommission von acht Abgeordneten, die in Finanzfragen gut Bescheid wissen, mit der Untersuchung beauftragen wird.

## Mussolini erklärt sich.

Rom, 21. Juni. (WZB.) Da die Opposition am 25. Juni in einer Vollversammlung eine Trauerfeier für Matteotti abhalten will, beschloß nach dem „Giornale d'Italia“ Mussolini, am 24. Juni, also einen Tag vorher, im Senat eine Rede zu halten, um gegenüber dem Versuch, das Verbrechen zu innerpolitischen Zwecken auszunutzen, die Haltung der Regierung im Voraus zu klären und zu zeigen, daß die Regierung alles getan hat, um die Schuldigen vor den Richter zu bringen. Mussolini will sich auch über die politischen Folgen äußern, die sich aus dem Verbrechen für die Regierung und für die Opposition ergeben. Am 25. Juni vormittags wird Mussolini alsdann eine zweite Rede halten und zwar vor der vereinigten Regierungsmehrheit der Kammer. Hier wird er die gesamte parlamentarische Lage und die allgemeine Politik behandeln. Sodann werden die einzelnen Richtungen dieser Mehrheit zu Worte kommen, um ihre Auffassung über die neue Lage darzulegen.

## Faschistenterror.

Rom, 21. Juni. (WZB.) In Bologna haben Faschisten gestern ein Postamt überfallen, das 35 000 Nummern des „Avanti“ und zweier sozialistischer Blätter enthielt. Sämtliche Zeitungen wurden von den Faschisten verbrannt. Der Präsekt von Bologna hat darauf den Ausdruck des Bedauerns übermittelt und versprochen, die Urheber des Vorfalles gerichtlich zu verfolgen.

## Deutsch-tschechische Entspannung?

Eine Rede Massaryks.

Am Laufe einer Reise, die der Präsident der Tschechoslowakei Masaryk gegenwärtig in Mähren unternimmt, wurde an ihn vom deutschen Senator Lessch in einer deutschen Gemeinde eine Ansprache gerichtet, in der die Loyalität der Deutschen gegenüber dem Staat betont, gleichzeitig aber die Forderung der Gleichberechtigung erhoben wurde.

Präsident Masaryk dankte dem Senator für seine Worte und führte aus: Sie haben in ihrer Ansprache einige konkrete Forderungen gestellt: Not für gegenseitiges Vertrauen der beiden Nationalitäten. Es ist meine Überzeugung, daß das habsburgische Regime den Deutschen auch geschadet hat. Es hat ihnen viel mehr geschadet als uns. Ein Regime, in welchem eben die Minorität die Majorität nicht anerkennt, war eben vergeblich und schlecht. Man kann nur in der Minoritätsfrage keine allgemeinen Schlüsse aufstellen, aber die Minoritätsfrage ist bei uns keine neue Frage. Es handelt sich um einen hundertjährigen historischen Prozeß. Die Deutschen Vertreter werden sich aber offen und ehrlich auf den Boden des Staats stellen. Dann ergibt sich in der demokratischen Republik die Konsequenz von selbst.

## Die Westarps verjuden!

Graf von Westarp und Grifa Rosengarten.

Nach Wulle Westarp! Die reinblütigen Völkchen haben eine neue fürchterliche Entdeckung gemacht: die Familie derer von Westarp verschwägert sich mit Judenblut. Das „Deutsche Tageblatt“ schreibt:

„Die „Preussische Zeitung“ vom 14. Juni veröffentlicht in den Familiennachrichten eine Verlobungsanzeige, nach welcher sich ein Herr Friedrich Franz Graf von Westarp, Leutnant a. D. im ehem. Gardehülsarregiment, mit Fräulein Grifa Rosengarten verlobt hat, von der gesagt wird, daß sie die einzige Tochter des Herrn Rittergutsbesizers Walter Rosengarten und seiner Frau Gemahlin Gertrud, geb. Sommer“ sei. Aus dem Umstand, daß der angebliche Schwiegervater des Herrn Grafen von Westarp Rittergutsbesitzer ist, Rosengarten heißt und eine geborene Sommer zur Frau genommen hat, dürfte wohl geschlossen werden können, daß hier wieder einmal durch die Vermählung eines deutschblütigen Adligen mit einer begüterten Jüdin Volkserbverrat verübt wird. Wir sind begierig zu erfahren, ob dieser Herr Graf von Westarp in einem verwandtschaftlichen Verhältnis steht zu dem Grafen Westarp von der Deutschen Nationalen Volkspartei. Im bejahenden Falle wäre es wünschenswert, welche Schritte Graf Westarp von der DNVP unternommen hat, um seinem blutschänderischen Verwandten die gebührende Achtung zu verschaffen.“

Rittergutsbesitzer — jüdenverdächtig! Rosengarten — jüdenverdächtig! Sommer — jüdenverdächtig! Die Deutschnationale Volkspartei wird eine Fraktionsführung abhalten müssen. Tagesordnung: Blutprobe von Fräulein Grifa Rosengarten.

Die Reichsinduzier für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Mittwoh, den 18. Juni auf das 1.12 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1.18 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 0.9 Proz. zu verzeichnen.

## Hitze und Gewitter.

Abkühlung in Aussicht.

Die unnatürliche Hitze ist der Entwicklung der Dörr-, Gemüse- und Pflanzensäfte günstig gewesen. Nicht nur die Gärten und Giebler klagen über ausnahmsweise große Raupen- und Madenplage, auch die Bäume in vielen Straßen Berlins mimmeln von Raupen. Zu Tausenden lassen sie sich von den Bäumen herunter und können auf der Straße massenhaft getötet werden.

Das Berliner Wetterbureau macht uns über die Wetterlage die folgenden Mitteilungen: Die Gründe für die auffallende Erwärmung der letzten Tage sind die folgenden gewesen: Wir haben seit einer Reihe von Tagen über ganz Mitteleuropa sehr geringe Luftunterschiede und dementsprechend nur ganz geringe Luftbewegung gehabt, so daß die erwärmte Luft nicht durch Wind abtransportiert werden konnte. Bei der Sonneneinstrahlung erwärmte sich über Tage die Luft in den dem Boden nahen Schichten, ohne daß sie bei den kurzen Nächten der jetzigen Jahreszeit durch nächtliche Ausstrahlung bedeutend abgekühlt werden konnte. So summte sich die von der Sonne ausgestrahlte Wärme eines jeden Tages zu der vom Vortage zurückgebliebenen hinzu. Es kam hinzu, daß in der Höhe ein Südoststrom herrschte, der auch in der Höhe warme Luft heraufführte. Während nun sonst die am Boden erwärmte Luft in die Höhe aufsteigen kann und sich die Wärme vom Boden aus auf eine dünnere Schicht verteilt, hat die in der Höhe herrschende Wärme des Luftstroms in den letzten Tagen verhindert und so bewirkt, daß die ausstrahlende Sonnenwärme nur einer verhältnismäßig dünnen Bodenschicht zugute gekommen ist.

Die Temperaturen sind bei dieser Situation im mittleren und Ostdeutschland am Freitag über 30 Grad hinausgegangen und haben am Sonnabend namentlich in Ostdeutschland noch höhere Grade erreicht. Verglichen mit den heißen Tagen vergangener Jahre sind das jedoch noch durchaus keine Rekordziffern, weil Temperaturen von 35 Grad und darüber fast alljährlich bei uns eintreten. Seit Donnerstag schon hat sich jedoch über Frankreich eine Abkühlung mit nordwestlichen Winden eingestellt und am Freitag hat diese Erscheinung dazu geführt, daß sich an der Westgrenze des Deutschen Reiches erhebliche Temperaturunterschiede von dem warmen Osten nach dem kälteren Westen hin eingestellt haben. An dieser Temperaturgrenzlinie hat sich nun im Laufe des Freitag, wie das oft zu geschehen pflegt, über Ostdeutschland und Westdeutschland ein Gebiet tiefen Luftdrucks entwickelt, welches jetzt langsam ostwärts zu wandern beginnt. Infolge dieses Tiefdruckgebietes haben sich in Westdeutschland in der Nacht von Freitag zu Sonnabend bereits ausgebreitete Gewitter und Regen eingestellt und diese pflanzen sich voraussichtlich bis zu Sonntag ostwärts bis zu uns fort, so daß wir nach Gewittern für Sonntag auch Abkühlung und regnerisches Wetter zu erwarten haben. Für Montag steht jedoch, da im Westen hoher Luftdruck erfolgt, wieder besseres Wetter in Aussicht.

## Berliner-Reiseeinbrecher.

Die Einbrüche in die Weimarer Fürstengruft vor Gericht.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte begann heute unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Neumann der Prozeß wegen der Einbrüche in die Fürstengruft in Weimar, die auch die Ruhestätte der Deutschen Dichtergiganten Goethe und Schiller ist und in die Grufkapelle in Areßhau in Schloß, in der die Gebeine des Generalfeldmarschalls Graf Hellmuth v. Woltke ruhen.

Die Anklage richtet sich gegen den Damenschneider Fritz Jakobs, den Sattler Bauda, den Schmiedemeister Otto Becker, den Sattler Boßki, den Glendreher Fritz Gutze, den Kutscher Edmund Bachmann, den Badergehilfen Paul Mann, den Bauhilfsarbeiter Friedrich Mann, den Werkmeister Richard Scader, den Schmiedehändler Friedrich Christian, den Uhrmacher Max Franz, den Edelmetallhändler Vothar Seelig, den Produktenhändler Joseph Musiel, den Schloßherrn Franz Schäfers, die Näherin Frieda Jaltube, die Arbeiterin Helene Hanke, die Witwe Charlotte Meißner, die Schneiderin Margarete Guntermann und die Ehefrau Margarete Mann. Es sind hier auf der Anklagebank die Einbrecher, ihre Helfer und Begünstiger verlammt.

Den Berliner Einbrechern werden nicht weniger als 29 Einbrüche zur Last gelegt. Sie haben auf allen Gebieten gestohlen, viele Raubzüge in Schloßern verübt, Kupferdiebstahl in Liebenwerda, Lebensmittel- und Schmiedediebstahl in Dronenburg, Kupferdrahtdiebstahl in Piesowalden. Dann haben sie gestohlen Bleirohre bei der WDA, Glas und Spiegelscheiben, Promotoren, Werkzeuge, Schmuckstücke, Stiefel, Schokolade, Wein, Eisen, Messing, Schrauben und vieles andere. Im Dezember 1923 begaben sich Heder, Gutze und Bauda nach Schloß, um dort Einbrüche auszuführen. Sie führten Einbrecherwerkzeuge und Schutzwaffen bei sich. Gutze informierte sich auf dieser Reise über die Lage der Grufkapelle des Grafen Woltke und fuhr dann mit den anderen beiden Mittätern nach Schweidnitz zurück. Von hier legten sie sich nochmals nach Areßhau und besichtigten die auf der Kuppel eines bewaldeten Hügelns bei Areßhau liegende Grufkapelle. Dann fuhr sie wieder zurück. 14 Tage später, in der Zeit zwischen 1. und 4. Januar 1923, fuhrten die drei Einbrecher von Berlin mit der Bahn bis Schweidnitz. Von hier unternahmen sie einen vierstündigen Marsch nach dem Tatort, den sie um Mitternacht erreichten. Bauda erhielt von Gutze einen Revolver, um vor der Kapelle Wache zu halten. Gutze öffnete die Gittertür, deren Schloß verrostet war. Dann stiegen Heder und Gutze von der Kapelle aus in die Gruft ein. Hier lösten sie die Holzschrauben von den Särgen und raubten einen goldenen Trauring. Weitere Schmuckgegenstände fanden sie nicht in den Särgen. Der Trauring wurde in Berlin zerhackt und zu Geld gemacht. — Der Einbruch in das Mausoleum in Weimar spielte sich in folgender Weise ab: Bauda und Boßki waren auf Grund einer Zeitungsnachricht im April 1923 auf den Plan geraten, auch die Weimarer Fürstengruft zu berauben. Nachdem sie die nötigen Erkundigungen eingezogen hatten, brachen sie in die Kapelle ein. Hier wurden verschiedene Särgе geöffnet, darunter die der Großfürstin Maria Pawlowna und der Großfürstin Karoline. Die Leiden waren in Stoffe eingewickelt, und die Einbrecher machten mit einem Nadelstich-Einschnitt und stocherten mit einer Stange herum, ob sie nicht Schmuckstücke finden könnten. Der aus den Leiden austretende starke Leichengeruch nötigte die Angeklagten jedoch, von weiteren Nachforschungen nach Wertgegenständen Abstand zu nehmen. Am nicht nutzlos den Einbruch verübt zu haben, nahmen sie aus der Kapelle vier an Ketten hängende Weihbeden mit geflügelten Engelsköpfen mit, die sie für vergoldetes Silber hielten. Als sie in Berlin wieder angekommen waren, wurden die Weihbeden mit Scheidemünzen bearbeitet, um ihren Wert festzustellen. Da sich ergab, daß es sich um wertloses Metall handelte, haben sie die gestohlenen Gegenstände bei der Oberbaumbrücke in die Spree geworfen.

## Sportplatz Reinickendorf-West.

Der kürzlich fertiggestellte Sportplatz Reinickendorf-West an der Schornmeyerstraße wurde gestern von der Bauverwaltung übergeben, wobei das Bezirksamt Reinickendorf eine Festigung veranfaßte. Oberbaurat Stadtrat Krede, der Erbauer des Platzes, hielt die Eröffnungsansprache. Er berichtete über die Entstehung des Projekts, das nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten, bei denen die Inflation und Geldmangel natürlich eine große Rolle spielten, unter treuer Mitarbeit aller Beteiligten endlich doch zur Wirklichkeit wurde. Der Platz wurde dem Dezernenten für das Sportwesen Stadtrat Schäfer übergeben, worauf ein Rundgang er-

folgte. Neben dem Verwaltungsgebäude das eine Wohnung für den Platzverwalter, Geräteräume usw. enthält, liegen die Plätze für das Turnen. Daran schließt sich ein Platz für Leichtathletik mit acht Hochsprungbahnen, vier Weitsprungbahnen und Feldern für Wurfgewichte. Es folgt der Hauptkampfbau, der eine vierhundertmeterlange mit erhöhten Kurven aufzuweisen hat, und der Fußballplatz. Beschädigte gärtnerische Anlagen werden den jetzt noch etwas lahmen Platz in einigen Jahren in einen Park verwandelt.

## Diebstähle im Krankenhaus.

Leitende Beamte als Täter.

Seit einer Reihe von Jahren wurde im Bestend-Krankenhaus in Charlottenburg beobachtet, daß Waren aller Art abhanden gekommen waren. Der Verdacht lenkte sich immer wieder auf die Arbeiter; Dispositionen und Hausdurchsuchungen waren an der Tagesordnung, so daß dem Personal das Leben in dieser Anstalt zur Hölle gemacht wurde. Jetzt endlich ist es gelungen, den Raubweis zu führen, daß der Betriebsrat mit seiner lang gehegten Vermutung im Recht war. Ein Obersekretär B. und die Leitende des Küchenbetriebes, Frä. V., konnten als die Täter festgestellt werden. Wie gewöhnlich diese beiden sich nicht nur auf Kosten der Anstalt, sondern vor allem auf Kosten der in der Anstalt befindlichen Kranken bereichert haben, geht aus dem Umfang und der Art der Waren hervor, die schon jetzt, obgleich die Untersuchung erst eingeleitet worden ist, beschlagnahmt werden konnten. Darunter befinden sich neben vielem anderem: 4 Kisten Würfelzucker à 50 Pfund, 1 Zentner Salz, 1 Zentner Mehl, 1 Kiste amerikanische Sojane (Liebesgaben für die Kranken), etwa 100 Dosen Konserven, Schokolade, Tee und anderes. Fälle wie der hier vorliegende, stehen durchaus nicht vereinzelt da. In der Kronenstraße, im Rudolf-Birchow-Krankenhaus und in verschiedenen anderen Anstalten hat sich ganz ähnliches ereignet. Es ist an der Zeit, daß im Gesundheitswesen der Stadt Berlin nicht nur Arbeiter bei der geringsten Kleinigkeit auf die Straße fliegen, sondern daß man dieses Verfahren auch einmal anwendet, wenn es sich um leitende Personlichkeiten handelt. Das verlangen nicht nur die Arbeiter, sondern in erster Linie die Beamten, die durch solche Elemente in ihrem Reiten kompromittiert werden.

## Zu den Elternbeiträgen.

Die sogenannten „Beiträge“ arbeiten überall mit dem schmutzigsten Wahlmanöver, so auch in Lichterfelde, welcher Ort in dieser Beziehung überhaupt berühmt ist. Den Kindern der Gemeindefugle in der Dürerstraße wurden außerhalb der Schulklassen Flugblätter mit der Aufforderung „Wähle Schulaufbau“ bzw. Stimmzettel mitgeben. Dies erfuhren der Lehrer Lausch, der nun den Kindern im Schulunterricht mitteilte, daß „diese Zettel“ unzulässig wären, sie sollten es ihren Eltern mitteilen.

Die „richtigen“ (d. h. die der christlichen) bekämen sie erst nach. Vielleicht nimmt Herr Rektor Kleinmann Veranlassung, dem Herrn Lausch die Aktion während der Unterrichtszeit abzugewöhnen. Die Eltern aber müssen wählen.

Schulaufbau.

## Keine Umzüge zum RAST.

Wie uns mitgeteilt wird, ist, mit Ausnahme der Spandauer Sportler, weder vom Kartellverband Groß-Berlin noch vom Arbeiterparlament ein Besuch um Genehmigung von Festzügen bei der Polizeibehörde eingereicht worden. Es dürfen daher auch keine Umzüge stattfinden. (Eine Ausnahme machen, wie erwähnt, die Spandauer.) Wir erlauben um Beachtung des Vorstehenden, um Zusammenstöße mit der Polizei zu vermeiden.

Beim Aussteigen tödlich verunglückt. Beim Verlassen des Stadtbahnzuges ist gestern ein Zimmermann Robert Compagniet auf dem Bahnhof Papenstraße tödlich verunglückt. Er geriet, als er das Mittel verließ, ins Stolpern und fiel rückwärts zwischen zwei Wagen in dem Augenblick, als der Zug sich schon wieder in Bewegung setzte. Die Räder gingen über ihn hinweg und trennten ihn den Kopf vom Rumpfe. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Kindesmord! Einen grauenhaften Fund machten gestern nachmittag in Spandau Kinder, die an der Schmalenburgerbrücke spielten. Sie fanden hier ein Paket, das die Leiche eines etwa zwei Monate alten Kindes enthielt. Sie war schon ziemlich stark verwest und muß schon länger im Wasser gelegen haben. Die Hülle bestand aus einem dunklen Frauenjackett und einem dunklen Frauenmantel mit Ultrahautbezug. Das Paket war mit einem Bindfaden zugesperrt.

24 Tote in Iserlohn. Die Zahl der Toten bei dem Straßenbahnunglück in der Gräse hat sich auf 24 erhöht. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 40. Leider ist noch mit weiteren Todesopfern zu rechnen. Heute nachmittags finden sowohl in Iserlohn wie in Detmold Trauerfeiern für die Opfer des Straßenbahnunglücks statt. Während der Trauerfeiern und der Beisetzung der Toten bleiben die Geschäfte geschlossen.

Der Tod auf dem Mount Everest. Londoner Blättermeldungen zufolge haben zwei Mitglieder der Expedition auf den Mount Everest bei einem letzten Versuch, den noch nie erreichten Gipfel des Berges zu erreichen, ihr Leben eingebüßt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 18. Kreis. Viertel für die Elternbeiträge kann noch abgeholt werden bei Schloß, Grünauer Straße 8.
- 20. WZ. Montag, den 21. Juni, 7 Uhr, Funktionärsversammlung mit Abrechnung der Parteien und Gemeindefugle bei Park.
- 46. WZ. Die Grassen werden dringend um Wahlhilfe für die Elternbeiträge ersucht. Treffpunkt ab 8 Uhr im Wahlbureau Götzhof, Geyersstr. 23.
- 51. WZ. Charlottenburg. Früh 8 Uhr, Treffpunkt der Genossen zur Wahlhilfe: 1. Gruppe der Schloß, Grünauer-Straße 8. 2. und 3. Gruppe Hotel Dannebergstraße 18.
- 52. WZ. Gleits. Sämtliche Parteigenossen und Genossinnen treffen sich zur Wahlhilfe für die Elternbeiträge Sonntag morgen, 1/2 8 Uhr, bei Weitz, Berlin, Breite 2.
- 95. WZ. Kreis. Elternbeiträge! Die Genossen treffen sich zur Wahlhilfe um 7/8 Uhr ab für die Anbahnung des Monatsbeiträge bei Schiller, Grünauerstraße 118; für die weiblichen Genossen: Schloß Grünauerstraße 8.
- 97. WZ. Kreis. Heute, Sonnabend, 6 Uhr, Flugblattverteilung für die Elternbeiträge.

## Theater der Woche.

Donnerstag bis Sonntag, 22. Juni 1924.

- Königsplatz: Schiller'sches Schauspielhaus: Der Vogelhändler. — Große Volkoper im Theater des Westens: 22. und 23. Carmen. 24. Der Widerspenstigen Zähmung. 25. Don Pasquale. 26. Frau Bianka. 27. Fadda. 28. Der Feind. 29. Die Fledermaus. — Neues Operetten-Theater: Die Juden. — Die Feindin: Dr. Stieglitz. — Deutsches Künstler-Theater: Die heilige Pantoffel. — Kammerspiele: Ein Schwanz der Liebe. — Neues Operetten-Theater: Carmen. — Komische Oper: Die langsame Trübsal. — Volkstheater: Der Metzger. — Theater: Das Weibchen. — Neues Operetten-Theater: Frauengemeinschaft. — Theater: Traviata. — Neues Operetten-Theater: Paul und nicht immer noch herum. Besuch im Welt. Große Operette. — Neues Theater: Amerasia. — Volksoper: Der Herr von Borsdorf. — Volkstheater: Der Metzger. — Theater am Karlsruhplatz: Der Metzger. — Theater im Schloßplatz: Deumter und brüder.
- Rachmittagsvorstellungen. Volkstheater: 22. und 23. Oren.

